

Deutschlands Stromversorgung wird zur Sollbruchstelle – von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 19. September 2025

Auch wenn sich die globale Temperatur gegenüber dem Juli kaum geändert hat, bleibt der Abkühlungstrend doch intakt. Die amerikanische Ozean- und Atmosphärenbehörde NOAA sieht für diesen Winter eine kühle LA NINA im Pazifik aufziehen, was zu einem Rückgang auch der globalen Temperaturen führen wird. Die Abweichung vom langjährigen Mittel der Satellitenmessungen beträgt im August 0,39 Grad Celsius.

Der Offenbarungseid über die deutsche Stromversorgung

„Die Energiewende steht am Scheideweg“. So beginnt Ministerin Katharina Reiche Ihre Analyse der deutschen Energiepolitik bei der Vorstellung des jährlichen Monitoring-Berichts zur Energiewende am 15.9.2025. Seit 15 Jahren, in denen die klimaschutzorientierte Energiewende von allen Bundesregierungen als alternativlos gefeiert wurde, wagt es Katharina Reiche, darauf hinzuweisen, dass die Energiewende sich nicht hinreichend um die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit gekümmert habe: „Verlässlichkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit muss ins Zentrum gerückt werden.“ Und weiter: „Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist unumgänglich.“

Was hatten wir bis jetzt? Die Bürger in Deutschland wurden systematisch falsch über die Folgen der Energiewende informiert. Wie schrieben die ostdeutschen Betriebsräte kürzlich an den Kanzler: „die politischen Versprechungen eines grünen Wirtschaftswunders sind nur Schall und Rauch. Realität ist, das noch nie soviel gute Arbeitsplätze bedroht sind wie heute.“

Die Ministerin knüpft in Ihrem lesenswerten 10-Punkte-Programm an diese Kritik an: „Die Energiewende kann nur durch Pragmatismus und Realismus gelingen.“

Ja, alles, was bisher an Träumereien von den politischen Religionsführern der Energiewende wie Röttgen, Altmaier, Gabriel und Habeck verzapft worden ist, ist fern von jeder Realisierbarkeit. Wir haben Sie noch im Ohr:

Röttgen sah 2010 in Erneuerbaren Energien und Grundlast einen fundamentalen Widerspruch: „Man muss sich entscheiden, man kann nicht beide Wege gleichzeitig gehen. Aus Investitionsgründen, aber auch, weil das ökonomische Konzept der Grundlast-Kraftwerke – Kernenergie insbesondere – ökonomisch inkompatibel mit dem Ausbau der erneuerbaren

Energien ist.“

Über Altmaier titelte der Spiegel : Altmaier schließt Kernenergie für alle Zeiten aus. Das Endlager versprach er für 2030.

Gabriel 2017 zur Energiewende : Davon profitieren langfristig alle: Wirtschaft, Politik und vor allem Verbraucher.

Großmeister Habecks Fehleinschätzungen haben Deutschland viel Wohlstand gekostet: „Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz,... war ja auch ehrlicherweise ein Test, wie weit die Gesellschaft bereit ist, Klimaschutz – wenn er konkret wird – zu tragen.

Die lesenswerten 10 Punkte der Wirtschaftsministerin sind eine schallende Ohrfeige an die Ministranten der grünen Bullerbü-Idylle von 2010 bis 2025. Reiche findet zahlreiche „Leerstellen“ in der bisherigen Energiewendepolitik, vor allen Dingen ist nach ihren Worten der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe und Haushalten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Auch der öffentliche Finanzbedarf sei noch nicht belastbar berechnet worden. Sie fordert mehr Markt und mehr Technologieoffenheit. Ein klares Urteil über den Eingriff der Vorgängerregierung mit der Abschaltung von 6 Kernkraftwerken, die zu 2,5 Eurocent pro Kilowattstunde Strom produzierten. Diplomatisch formuliert sie: „Der Ausstieg aus der Kernenergie und das schrittweise Abschalten der Kohleverstromung bis 2038 ist ambitioniert; stabile, verlässliche Grundlastkraftwerke müssen als Rückgrat der Versorgung neu aufgebaut werden.“ Damit meint Sie vor allen Dingen die etwa 50 bis 70 Gaskraftwerke, die nun mit hohen Subventionen errichtet werden sollen. Zutreffend stellt sie weiter fest, dass Solar- und Windkraftwerke häufig über den Bedarf produzieren. Das bedeutet, dass bei Überproduktion Solaranlagen und Windkraftwerke kostenträchtig abgestellt werden müssen oder als Abfallstrom über die Grenzen mit Milliardenzuzahlungen verschenkt werden. Im Monitoringbericht 2025 (S.68) sieht man die ganze Fehlentwicklung in seiner ganzen Pracht:

Im 1. Halbjahr stieg der Anteil der erzeugten Strommenge an Photovoltaik, der zu negativen Preisen eingespeist wird, auf 29 %! Fast ein Drittel des erzeugten Photovoltaik-Stroms ist praktisch wertlos und wird trotzdem bislang mit Milliardenbeträgen vergütet.

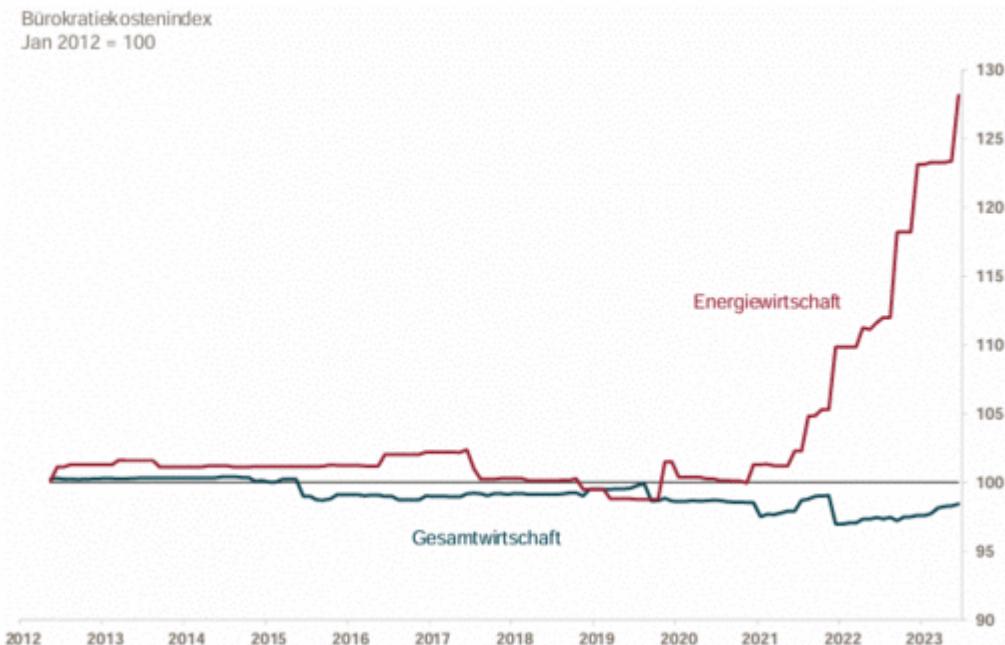
Auch die Dunkelflaute ist bei der Ministerin eine Erwähnung wert: „In Zeiten von wenig Wind und Sonne kann die Lücke nur durch fossile Erzeuger oder Importe geschlossen werden.“ Und sie räumt auch mit dem Märchen von Franz Alt auf, das ganze Heerscharen von grün-an gehauchten Journalisten unters Volk gebracht haben: Die Sonne schickt keine Rechnung. Reiche: „Die Annahme, dass Strom aus erneuerbaren Energien praktisch zum Nulltarif zur Verfügung gestellt werden kann, ist bei Berücksichtigung des Gesamtsystems falsch – durch diese verkürzte Sichtweise entstehen enorme wirtschaftliche Risiken.“ Wer von den vier oben genannten klimapolitischen Religionsführern hat jemals die außer

Rand und Band geratenen Systemkosten für Erneuerbare Energien thematisiert?

Über verlorene Industriearbeitsplätze kein Wort

Die größte Änderung nimmt Ministerin Reiche in der Schätzung des Strombedarfs bis 2030 vor. Während die Ampelkoalition noch von 750 Terawattstunden träumte, liegt ihre Schätzung im unteren Bereich von 600 bis 700 Terawattstunden, weil sie einen schwächeren Hochlauf von E-Autos, Wärmepumpen aber auch den Rückgang der energieintensiven Industrie in Deutschland berücksichtigte. Eine Zielerfüllung durch Abbau der Industriearbeitsplätze sollte die Wirtschaftsministerin mit Sorgen erfüllen. Stattdessen findet sie kein Wort in Ihrem 10 Punkte-Plan über den seit Jahren anhaltenden Verlust an Industriearbeitsplätzen durch die Energiewende.

Reiche kritisiert dagegen zu Recht die überbordende Bürokratie in der Energiepolitik. Über 15 000 Rechtsnormen führen die Teilnehmer am Energiemarkt zu administrativer Überforderung. Der vor kurzem erschienene Bericht von Frontier economics „Neue Wege in der Energiewende“ quantifiziert: „die energiewende-getriebene Bürokratie verursacht allein auf Bundesebene geschätzt jährlich rund 10 Mrd. € an Bürokratiekosten“. Die nächste Grafik zeigt diesen rasanten Anstieg der Bürokratiekosten seit 2017.



Das Fazit der Ministerin : Kein Unternehmen, kein Produkt, keine Idee darf am Strompreis scheitern!
Doch das genau passiert im Augenblick. Jede Woche gibt es Meldungen über

Stilllegungen von Industriebetrieben oder Verlagerungen ins Ausland auf Grund zu hoher Energiekosten. Noch in der Koalitionsvereinbarung hieß es im Hinblick auf die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz „Wir stärken den Rechenzentrumsstandort Deutschland als Leuchtturm Europas.“ Wenige Monate später übersteigt nach Angaben der Mainova die Nachfrage an Netzanschlüssen für Rechenzentren im Frankfurter Netzgebiet – 1/3 der Leistung aller Rechenzentren ist hier konzentriert – das verfügbare Leistungsangebot. E.DIS, Verteilnetzbetreiber in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern liegen 170 Anfragen für Rechenzentren mit einer Leistung von je 20 bis 320 MW vor, von der die Mehrzahl nicht bedient werden kann. Der Westnetz GmbH, dem größten Verteilnetz Deutschlands, liegen für NRW, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen Anfragen von Rechenzentren in Höhe von 10 000 MW vor. Die gesicherte Leistung sowie die Netzkapazität fehlen weitgehend. KI-Zentren, die gesicherte Leistung rund um die Uhr benötigen, werden an Deutschland vorbeigehen.

Die politische Sollbruchstelle der Energiewende

Die Versorgungssicherheit wird zur politischen Sollbruchstelle. Das zeigt auch die jüngste Studie von PWC. Danach drohen der deutschen Stromversorgung in den kommenden Jahren massive Engpässe. Der Studienverfasser Andree Gerken hat berechnet, dass ab dem Jahre 2035 ein Versorgungsdefizit in der Hälfte aller Stunden eines Jahres droht. Die Studie spricht von einem „komplexen Marktversagen“, das sich durch die steigende Stundenzahl von negativen Strompreisen an der Börse zeige. Doch die Dunkelflaute ist das noch größere Problem. Mittlerweile importiert Deutschland nach dem Kernenergieausstieg 6 % des Strombedarfs, Tendenz steigend mit jedem weiteren stillgelegten Kohlekraftwerk. Batteriespeicher sind keine Lösung für länger anhaltende Dunkelflauten. Da helfen laut Studie nur der Bau von Gaskraftwerken. Es könnte aber „zehn oder sogar fünfzehn Jahre dauern, bis solche Anlagen in Betrieb gehen. Unter anderem weil es weltweite Engpässe bei Gasturbinen gibt.“

Deutschland steuert auf eine Versorgungslücke zu

Zu diesem Ergebnis kommt auch das jährliche Versorgungssicherheitsmonitoring der Bundesnetzagentur. „Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist gewährleistet, wenn bis 2035 zusätzliche steuerbare Kapazitäten von 22 400 MW (Zielszenario) bis zu 35 500 MW (Verzögerte Energiewende) errichtet werden,. Schon 2030 fehlen 17 bis 21 000 MW. Bundeswirtschaftsministerin Reiche weist im Begleitschreiben zur Kabinettsvorlage ihre Ministerkolleginnen und -kollegen darauf hin, dass

es „unter bestimmten Annahmen zur einer Versorgungslücke kommen könne“ . Im Jahre 2030 könnte die Stromnachfrage „in wenigen Stunden am Strommarkt nicht vollständig gedeckt werden“. Schon Robert Habeck hatte in seinem Entwurf des Kraftwerkssicherheitsgesetzes 12 500 MW Gaskraftwerke gefordert. Die Koalitionsvereinbarung vom Mai 2025 sprach dann von 20 000 MW fehlender gesicherter Leistung, die durch Gaskraftwerke gedeckt werden müsse. Nun sind es 22400 bis 35 000 MW, die zugebaut werden sollen.

Denn bis 2035 sollen folgende Kohlekraftwerke vom Netz:

Weisweiler, Jänschwalde, Boxberg, Niederaußem, Neurath, Schkopau, Lippendorf, Altbach, Heilbronn, Herne, Bergkamen, Rostock, Karlsruhe, Hamburg-Tiefstack, Wilhelmshaven, Berlin-Reuter, Walsum-Duisburg, Gelsenkirchen-Scholven, Staudinger, Groß-Krotzenburg, Weiher-Saarland, Bexbach, Zolling, Völklingen, Mannheim, Karlsruhe-Rheinhafen 7.

Der Chef des Übertragungsnetzbetreibers Amprion, Christoph Müller sieht unangenehme Entwicklungen schon im Herbst diesen Jahres. Er kann sich vorstellen, dass es zu hohen Strompreisen kommt.

Auch kontrollierte Lastabschaltungen, also Unterbrechungen bei der Stromversorgung von Betrieben, hält er für möglich, wenn auch nicht zwangsläufig im kommenden Herbst. „Unsere Handlungen werden der Situation angemessen, aber nicht schön sein“, so der Energiemanager. Dazu würden „vordefinierte Gruppen“ vorgewarnt, dass bei ihnen am nächsten Tag für eine gewisse Zeit der Strom abgeschaltet wird, so Müller weiter. Etwa für eineinhalb Stunden. „Krankenhäuser müssten auf Notstrom ausweichen und vielleicht auch Operationen verschieben, Supermärkte ihre Läden schließen, Industriebetriebe vielleicht eine Produktionslinie pausieren.“ Vor dem Hintergrund dieser Aussage ist die Stilllegung der letzten sechs Kernkraftwerke durch Habeck, Scholz und Lindner ein schwerer nicht wiedergutzumachender Verstoss gegen den Amtseid, den die drei abgelegt haben.

LNG-Erdgaskraftwerke produzieren mehr CO₂ als Kohlekraftwerke

Die grüne Traumwelt ist geplatzt, übrig bleiben Milliardenkosten und ein Versorgungsrisiko, schreibt Heinz Steiner in report 24. Die fehlenden 35 000 MW Gaskraftwerkskapazität bedeuten übrigens 70 neue Gaskraftwerke. Sie müssen mit zusätzlichen LNG-Importen befeuert werden. Kommen die LNG aus Übersee, so ist der umgerechnete äquivalente CO₂-Ausstoss der Kette Erdgasförderung-LNG-Verflüssigung-Transport-Verbrennung im Gaskraftwerk sogar größer als die CO₂-Emissionen der stillzulegenden Kohlekraftwerke. (Howarth 2024)

Die Kosten für 15 000 MW Gaskraftwerke wurde in 2024 mit etwa 27 Mrd. € nötiger Subventionen beziffert. Für 35 000 MW Gaskraftwerke wären es über 60 Milliarden €. Falls die EU die Subventionen durch den Steuerzahler aus dem Bundeshaushalt nicht genehmigt, müsste der Strom in

Deutschland mit einer weiteren Abgabe in Höhe von 3,7 €ct/kWh belegt werden. Soviel zu den Sprüchen, dass Solar und Wind die Stromerzeugung immer günstiger macht.

Die Gesamtkosten der Energiewende bis 2045 beziffert Frontier economics mit 4800 bis 5400 Milliarden Euro. Dem DIHK-Präsident Peter Adrian ist zuzustimmen, wenn er sagt, es braucht dringend ein Umdenken in der Energiepolitik. Aber wir brauchen nicht nur ein Umdenken, wir brauchen ein Umsteuern. Dies wird aber erst möglich sein, wenn wir uns von den selbstzerstörerischen Zielen des europäischen Alleingangs in der Klimapolitik lösen.